



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss
Sitzungsnummer	UVE/020/2013
Datum	Dienstag, den 21.05.2013
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	20:15 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend:

vom Gremium

Dr. Barbara Greis	Ausschussvorsitzende	Bündnis 90/Die Grünen
Christopher Bursukis	Stadtverordneter	SPD
Waldemar Droß	Stadtverordneter	SPD
Dr. Karl Ihmels	Stadtverordneter	SPD
Ingeborg Koster	Stadtverordnete	SPD
Karl Hedderich	Stadtverordneter	CDU; i.V.f. Stv. Cloos
Uwe Lang	Stadtverordneter	CDU; bis 19:35 Uhr
Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter	CDU; ab 19:35 Uhr i.V.f. Stv. Lang
Dennis Schneiderat	Stadtverordneter	CDU
Amber Luitjens-Taylor	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen; i.V.f. Stve. Öztürk
Erich Lautz	Stadtverordneter	FW
Herbert H.G. Wolf	Stadtverordneter	FDP

vom Magistrat

Norbert Kortlüke	Stadtrat
Dr. Ulrike Göttlicher-Göbel	Stadträtin
Karlheinz Kräuter	Stadtrat
Günter Schmidt	Stadtrat

von der Verwaltung

Dr. Jutta Biermann	Amt für Umwelt und Naturschutz
Dr. Thilo Klein	Amt für Umwelt und Naturschutz
Tobias Wein	Rechtsamt
Karl-Ernst Schaub	Planungs- und Hochbauamt
Dirk Hübner	Personal- und Organisationsamt

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung

Herr Gerner, als Schriftführer
Frau John

außerdem waren anwesend

Herr Stein, Geschäftsführer enwag
Mitglieder des Bauausschusses

AV Dr. G r e i s eröffnete die 20. Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Die Ausschussmitglieder befürworteten einstimmig die nachstehende

Tagesordnung:

(Die Beratung zu den Tagesordnungspunkten 1 - 4 erfolgte gemeinsam mit dem Bauausschuss)

- 1 Energie- und Klimaschutzprojekt für Aßlar, Solms und Wetzlar
Kenntnisnahme, erste Umsetzungsschritte und Zieldefinition für Wetzlar
Vorlage: 1449/13 - I/315
- Vorstellung des Endberichtes durch das Leipziger Institut für Energie -**
- 2 Ergänzung Lahnuferweg im Bereich Hintergasse
Vorlage: 1439/13 - I/312**
- 3 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 16.04.2013**
- 4 Verschiedenes**
- 5 Personelles Betreuungskonzept zur Naturschutzwacht
Stellungnahme zum Prüfungsauftrag
Vorlage: 1366/13 - I/316
Mitteilungsvorlage**

- Zu 1 Energie- und Klimaschutzprojekt für Aßlar, Solms und Wetzlar
Kenntnisnahme, erste Umsetzungsschritte und Zieldefinition für Wetzlar
Vorlage: 1449/13 - I/315**

Die Ausschussvorsitzende hieß Herrn Matthias Reichmuth vom Leipziger Institut für Energie GmbH willkommen, der zur Vorstellung des Endberichtes eingeladen worden war.

Herr R e i c h m u t h ging in der **Einleitung** seiner Power-Point-Präsentation auf den Hintergrund, die Projektziele des EKK, Organisation und Projektverlauf sowie auf die Struktur des Endberichts ein. Inhalte seiner weiteren Ausführungen waren

- **Zentrale Ergebnisse** (unterschiedliche Optionen mit Trend-, Aktiv- und Optimalszenario): Für die künftige Entwicklung soll als Ziel für die Stadt Wetzlar das Optimalszenario angestrebt werden. Darüber hinaus erfolgten Informationen zum Endenergieverbrauch nach Verbrauchssektoren, Entwicklung der CO₂- Emissionen sowie Anteil erneuerbarer Energien im Wärmesektor (alle Angaben für die Stadt Wetzlar bezogen auf die Jahre 1990 - 2011 - 2022), Investitionskosten nach Maßnahmen und wesentliche Kennziffern.
- **Handlungsschwerpunkte**: Maßnahmen Energieerzeugung (Wind-/Wasserkraft, Biomasse und Photovoltaik), Maßnahmenkatalog „Private Haushalte“ sowie „Industrie/GHD“ und Einsparungen bei städtischen Liegenschaften.
- **Umsetzungsprozess**: Leitlinien, Steuerung und Instrumentenkatalog als Hilfsmittel
- **Fazit**: Wichtigste Erkenntnisse und Schlussfolgerungen (siehe S. 48/49 der Präsentation)

Die Unterlagen der Präsentation des Leipziger Instituts für Energie GmbH sind der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Stv. D r o ß erkundigte sich, ob der prozentuale Anteil an der Stromerzeugung der Stadt Wetzlar über regenerative Energien 1,0 % oder 1,7 % (S. 19 des Endberichtes) betrage. Herr R e i c h m u t h teilte zur Niederschrift mit, dass der Wert von 1,0 % Stromerzeugung aus örtlich erzeugten, erneuerbaren Energien für Wetzlar stimme. Die Zahl von 1,7 % umfasse zusätzlich die 0,7 % Strom, die örtlich auf Basis von Erdgas-KWK-Anlagen produziert werden; diese seien somit zwar örtlich erzeugt, aber nicht erneuerbar.

Stv. D r o ß vermisste im Endbericht das Thema „Verbrauchsabhängige Tarifgestaltung“. Herr R e i c h m u t h begründete dies mit dem erforderlichen und kostenintensiven Einbau von Haushaltszählern, die nicht nur einmal im Jahr abgelesen werden, sondern kontinuierlich ablesbar sind. Das Institut sei im Konzept davon ausgegangen, dass der Stromverbrauch zwar während der Tageszeiten schwanke, sich aber nicht in der Summe ändere.

Stv. D r o ß vertrat die Auffassung, dass die „Solarthermie“ nicht ausreichend behandelt worden sei. Herr R e i c h m u t h bestätigte die Notwendigkeit dieser Form der Warmwasserbereitung für den öffentlichen Sektor. Gemessen an dem Gesamtenergieverbrauch, was Heizung und Warmwasser in den Gebäuden angehe, habe man jedoch eine Pauschalisierung vornehmen müssen.

Herr R e i c h m u t h teilte auf Nachfrage des Stv. D r o ß ergänzend zur Niederschrift mit, dass zum Jahresende 2011 der Kennwert „Ausbau Photovoltaik“ für Wetzlar 124,2 Watt/pro Einwohner betragen habe (alle 4 Städte 174 W/Ew. - Bundesdurchschnitt 303 W/Ew).

StR **K r ä u t e r** bemängelte eine unzureichende Einbindung der Industrie in den externen Kommunikationsprozess und bewertete das Fehlen der größten Verbraucher/Energie-rückgewinner als einen Nachteil für Wetzlar. Herr **R e i c h m u t h** erklärte, dass die Industrie sowie die IHK zu den Workshops eingeladen worden und zum Teil vertreten gewesen seien. Man habe die Industrieunternehmen im Prozess nicht außen vor gelassen.

Stv. **W e i g e l** wies darauf hin, dass ein großer Teil der Einsparmöglichkeiten bei den Privathaushalten liege. Man müsse darauf achten, dass diese qualifiziert beraten werden und sinnvoll investieren.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** erkundigte sich, wieviel Windkraftanlagen (WKA) auf dem Gebiet der Stadt Wetzlar vorgesehen seien. Herr **R e i c h m u t h** erläuterte, dass man ungefähr auf 5 Hektar Fläche 1 MW Windenergie installieren könne, d. h. bei 2 MW-Anlagen könne pro 10 Hektar ein solches Windrad aufgebaut werden.

StR **K o r t l ü k e** konkretisierte, dass bei der Planung der Vorranggebiete nordwestlich von Blasbach und angrenzend an Aßlar von ca. 7 WKA auszugehen sei. Sollten zusätzlich die Vorbehaltsgebiete im Teilregionalplan Energie berücksichtigt werden, könne sich diese Zahl verdoppeln.

Stv. **W o l f** bat um Auskunft, ob das „Energiezentrum“ auch bei einem externen Büro angesiedelt sein könne. Herr **R e i c h m u t h** führte aus, dass es prinzipiell diese Möglichkeit gebe, jedoch führe die kommunale Verantwortung zu einer größeren Unabhängigkeit gegenüber bestimmten wirtschaftlichen Interessen.

Stv. Dr. **I h m e l s** ging in seinen Ausführungen auf die unbefriedigende Abwärmesituation in Wetzlar ein. Falls die Abwärme sich nicht in nennenswertem Umfang für Wohnenergie einsetzen lasse, müsse es möglich sein, diese gemeinsam mit den Industriebetrieben für die Stromerzeugung zu nutzen. Herr **R e i c h m u t h** bezeichnete die Erzeugung von Strom aus Wärme als ineffektiv. Stv. Dr. **I h m e l s** hob hervor, dass es mittlerweile Unternehmen gebe, unter anderem im Lahn-Dill-Kreis, die in wirtschaftlicher Weise in der Lage seien, aus Wärme Strom zu erzeugen.

Stv. **S a r g e s** wünschte sich im Hinblick auf den hohen Energiebedarf von Edelstahl Buderus und der ungünstigen Eigenenergiegewinnung mehr Transparenz in der Statistik, um die Bürger stärker zu motivieren. Herr **R e i c h m u t h** wies darauf hin, dass dort der Sektor „Haushalte“ getrennt von der „Industrie“ ausgewiesen sei.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** beurteilte die evtl. Einrichtung von Stellen eines Energie- und Klimaschutzmanagers sowie einer Sekretärin im „Energiezentrum“ kritisch. StR **K o r t l ü k e** wies auf die Personalkostendeckelung zum Haushalt 2013 hin, daher werde die zeitlich befristete Besetzung einer Managerstelle angestrebt, die in den ersten 3 Jahren mit 65 % Bundesmitteln gefördert werde. Eine zweite Stelle sehe er derzeit nicht.

Stv. **M e i ß n e r** vermisste Angaben zum Thema „Energiespeicherung“ und benannte als Beispiel das Pumpspeicherkraftwerk Leun. Herr **R e i c h m u t h** legte dar, dass diese effizienteste Methode der Speicherung Bestandteil des Konzeptes sei.

Stv. G e r h a r d t bewertete es als einen Fehler, dass das „Energiezentrum“ mit einem Energie- und Klimaschutzmanager nicht bei der enwag angesiedelt werde. StR K o r t - l ü k e erklärte, dass man sich für eine neutrale Instanz innerhalb der Stadtverwaltung entschieden habe, um den Umsetzungsprozess vollständig im Blick zu behalten.

Nach Abschluss von Wortmeldungen anlässlich der Vorstellung des Endberichtes rief AV Dr. G r e i s die Vorlage DS 1449/13 - I/315 auf.

StR K o r t l ü k e begründete die 4 Teilbereiche des Beschlussantrages:

- Kenntnisnahme des Endberichtes zum EKK
- Verankerung einer zentralen Steuerung (Energiezentrum)
- Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den beteiligten Kommunen
- Optimal-Szenario als Ziel der Stadt Wetzlar für die künftige Entwicklung bis zum Jahr 2022

Stv. H e d d e r i c h teilte mit, dass er sich wegen Gesprächsbedarf mit seiner Fraktion der Stimme enthalten werde.

StR K o r t l ü k e benannte auf Nachfrage des Stv. Breidsprecher die konkreten Ziele der Stadt Wetzlar bis 2022 („Optimal-Szenario“ - Ziffer 4 der Begründung zum Beschlussantrag).

StR K o r t l ü k e beantwortete eine Frage des Stv. S c h n e i d e r a t nach dem Ausschreibungstext der Stelle des Energie- und Klimaschutzmanagers (Master) und die Eingruppierung nach EG 11 TVöD. Der mit der Eingruppierung dargestellte Betrag von ca. 70.000 € sei bruttobezogen als Größenordnung zu verstehen. Der Master-Abschluss könne als Qualifikation in die Ausschreibung aufgenommen werden.

Abstimmung: 7.0.4

Zu 2 Ergänzung Lahnuferweg im Bereich Hintergasse Vorlage: 1439/13 - I/312

Stv. W o l f erläuterte, dass sich im Bereich Hintergasse, von der Pontonbrücke bis zur Alten Lahnbrücke, noch einige Privatgrundstücke befinden, die zur Vervollständigung des Lahnuferweges benötigt würden. Der Magistrat solle in Kontakt mit den Eigentümern der Lahnufer-Grundstücke treten, um über den Ankauf von Grundstücksteilen zu verhandeln. Da sich die Eigentümerstruktur mittlerweile geändert habe, sei in den Gesprächen mit Erfolg zu rechnen. Ein durchgängiger Radweg sei bei Erwerb der Grundstücke möglich.

Abstimmung: 10.0.1

Zu 3 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 16.04.2013

Mitteilungen

Geschwindigkeitsmessungen Karl-Kellner-Ring und Versetzung Ortstafel Münchholzhausen

StR K o r t l ü k e beantwortete die Anfragen der Stv. Wolf und Hundertmark aus der Sitzung des Umweltausschusses vom 19.02.2013. Die Stellungnahmen des Fachamtes sind der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Anfragen

Keine Wortmeldungen.

Niederschrift vom 16.04.2013

Die Niederschrift wurde ohne Wortmeldungen genehmigt.

Zu 4 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Zu 5 Personelles Betreuungskonzept zur Naturschutzwacht Stellungnahme zum Prüfungsauftrag Vorlage: 1366/13 - I/316 Mitteilungsvorlage

StR K o r t l ü k e wies ergänzend darauf hin, dass hinsichtlich einer Förderung durch die EU drei unterschiedliche Anträge bei der LEADER-Region Lahn-Dill-Wetzlar formuliert werden:

- Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Umsetzung der Naturschutzwacht
- Einrichtung bis zu einer halben Koordinationsstelle in Verbindung mit dem NABU
- Schulung von ca. 15 Ehrenamtlichen

Die Förderquote von LEADER betrage 70 %. Bewilligungsbehörde sei der Lahn-Dill-Kreis.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

AV Dr. G r e i s schloss die 20. Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses.

Die Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

Dr. G r e i s

G e r n e r